

Gymnasiallehrer sollen in Grundschulen aushelfen

HANNOVER. Die Absicht der Landesregierung in Niedersachsen, wegen der schlechten Unterrichtsversorgung Lehrer von Gymnasien und Oberschulen an Grundschulen abzuordnen, ist bei Pädagogenverbänden und der Opposition auf scharfe Kritik gestoßen. Zahlreiche Gymnasien müssten in teilweise großem Umfang Stunden an die Grundschulen abgeben, selbst wenn die eigene Unterrichtsversorgung schon zuvor weit unter 100 Prozent liege, bemängelte gestern der Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz.

Gymnasien würden auch jetzt noch kurzfristig angewiesen, „40 oder 60 oder 70 Stunden“ an Grundschulen abzuordnen, um dort die Lücken zu stopfen, die dann aber an den Gymnasien umso größer würden. „Das ist ein unerträglicher Zustand, der eindeutig zulasten der Bildung unserer Schülerinnen und Schüler geht“, sagte Audritz.

Das Kultusministerium in Hannover verteidigte die Anordnung. Eine auskömmliche Unterrichtsversorgung und die Sicherung des Pflichtunterrichtes hätten für die Landesregierung höchste Priorität, sagte Sprecher Sebastian Schumacher. Das Ministerium habe auf eine ausgewogene Versorgung mit Lehrern an den verschiedenen Schulformen zu achten, dabei seien alle Schulformen möglichst gleich zu behandeln. Die Versorgung der Grundschulen sei besonders in den Blick zu nehmen, um die Verlässlichkeit zu gewährleisten. Zudem könnten auch die abgebenden Schulen zusätzliche Stellen für Abordnungen erhalten.

Der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte, der zahlreiche Lehrer aus Haupt-, Real-, Gesamt- und Oberschulen vertritt, hat dagegen kein Verständnis für Abordnungen von Oberschulen an Grundschulen. „Das Kultusministerium stopft Lücken, indem es andernorts neue aufreißt“, sagte der Verbandsvorsitzende Manfred Busch. Die jetzige Unterrichtssituation an Niedersachsens Schulen sei vorhersehbar gewesen, hier sei vonseiten der Politik zu wenig geschehen. „Leidtragende dieser verfehlten Politik werden nicht nur Lehrkräfte, sondern gerade unsere Schülerinnen und Schüler sein“, fügte Busch hinzu. Ihre Zukunft dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die oppositionelle FDP-Fraktion im Landtag übte wegen der Abordnung heftige Kritik an Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD). „Die Chaospolitik der Kultusministerin erreicht mit Schuljahresbeginn abermals eine neue Qualität“, sagte der Abgeordnete Björn Försterling. (epd)